

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE**Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2014 und 2015****IntegrationsNetz (BIN)**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	93	Zentrale Finanzen
Produktbereich:	93.01	Zentrale Finanzen
Produktgruppe:	93.01.03	Steuerähnliche Abgaben

Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2014 um 360 T€ erhöht.

Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2015 um 360 T€ erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	09	Finanzen
Kapitel:	0995	Allgemeines
Titel:	973 10-3	Risikovorsorge

Der Anschlag wird für das Jahr 2014 von 6 100 000 € um 360 000 € auf 6 460 000 € erhöht.

Der Anschlag wird für das Jahr 2015 von 5 800 000 € um 360 000 € auf 6 160 000 € erhöht.

Erläuterung

Das Bremer und Bremerhavener IntegrationsNetz (BIN) bietet für minderjährige unbegleitete und junge volljährige Flüchtlinge umfangreiche Hilfestellungen für Berufsorientierung, Qualifizierungsmaßnahmen, unterstützende Sprachkurse sowie Hilfen bei der Abklärung behördlicher Fragestellungen. Auch nach Einschätzung des Senats unterstützt BIN Asylsuchende und Flüchtlinge beim Zugang zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt mit hoher Wirksamkeit.

Bislang ist die Finanzierung aus Bundes-ESF-Mitteln erfolgt und läuft planmäßig am 31. Dezember 2013 aus. Ob und wie die Maßnahme 2014 und 2015 fortgesetzt wird, ist zurzeit unklar. Gerade in Anbetracht der größeren Anzahl von Flüchtlingen, die in nächster Zeit in Bremen aufgenommen werden, ist die Fortsetzung dieses wichtigen Integrationsangebots unbedingt sicherzustellen.

Die hier in die Risikovorsorge eingestellten Mittel ermöglichen es dem Senat, die Fortführung der Maßnahme im bisherigen Umfang auch bei einer Absenkung oder dem Wegfall der Bundesmittel zu gewährleisten.

Im Rahmen der Absenkung der Zinskosten in Produktplan 93 führen diese Änderungen nicht zu einer Erhöhung der Neuverschuldung.

Klaus-Rainer Rupp,
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE